

"Rat einigt sich in erster Linie auf Haushaltsentwurf" in Bulletin Quotidien Europe (17. Juli 2003)

Legende: Artikel im Bulletin Quotidien Europe vom 17. Juli 2003, der die Aufgaben der beiden Teile der Haushaltsbehörde, insbesondere des Rates, im Haushaltsverfahren der Europäischen Union darstellt.

Quelle: Bulletin Quotidien Europe. Dir. of publ. Riccardi, Ferdinando ; REditor Gazzo, Marina. 17.07.2003, No 8506. Brussels: Agence Europe. "Council reaches agreement in first reading on draft budget close to initial Commission proposals - two thirds of new posts requested by Commission have agreed", p. 7.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rat_einigt_sich_in_erster_linie_auf_haushaltsentwurf_in_bulletin_quotidien_europe_17_juli_2003-de-c4d7341d-8cd0-42d8-afd6-1088904d64b6.html



Publication date: 05/07/2016

Rat einigt sich in erster Lesung auf sich an ursprüngliche Vorschläge der Kommission anlehenden Haushaltsentwurf: Zwei Drittel der von der Kommission beantragten neuen Stellen bewilligt.

Brüssel, 16.7.2003, (Agence Europe) – Der ECOFIN-Rat, der am Mittwoch in seiner Formation „Haushalt“ in Brüssel tagte, erzielte in erster Lesung mit qualifizierter Mehrheit Einigung über den ehrgeizigen Haushaltsentwurf für das kommende Jahr, der in weiten Teilen dem von der Europäischen Kommission im April vorgelegten Haushaltsvorentwurf folgt. Kommissionsmitglied Michaele Schreyer hätte sich allerdings gewünscht, dass die Minister mit Blick auf die Erweiterung mehr als 472 der 744 beantragten neuen Stellen genehmigen. Bei der Konzertierungssitzung mit der Delegation des EP-Haushaltsausschusses, die vor der ersten Lesung des Rates stattgefunden hat, konnten Fortschritte im Hinblick auf das Haushaltsverfahren und die Haushaltsdisziplin erzielt werden, wohingegen die unterschiedlichen Ansichten über die GASP- und die ESVP-Ausgaben nicht auf einen Nenner gebracht werden konnten (siehe EUROPE vom Dienstag, 15. Juli). Im Hinblick auf den Haushalt 2003 hat der Rat der Inanspruchnahme der Soforthilfereserve in Höhe von 40 Mio. Euro für humanitäre Hilfe im südlichen Afrika (25 Mio. Euro) und in Äthiopien (15 Mio. Euro) zugestimmt.

Die drei Organe haben sich auf folgendes Haushaltsverfahren geeinigt: Die beiden Teile der Haushaltsbehörde sollten zwischen der ersten Lesung des Parlaments und der zweiten Lesung des Rates eine Einigung über die Beträge für die EU in ihrer derzeitigen Größe und für die auf 25 Mitgliedstaaten erweiterte EU erzielen. Auf dieser Grundlage könnte das EP den Haushalt 2004 mit Zahlen für die EU-15 annehmen, und die Kommission könnte Anfang 2004 einen Vorentwurf des Berichtigungshaushalts aufstellen, um die Beträge für die ab 1. Mai 2004 auf 25 Mitgliedstaaten erweiterte EU in den Haushaltsplan einzusetzen. Das EP und der Rat haben einvernehmlich die Notwendigkeit hervorgehoben, die Haushaltsdisziplin und eine wirtschaftliche Haushaltsführung durchzusetzen, indem die Erhöhung der Zahlungsermächtigungen so weit wie möglich begrenzt wird.

Beim derzeitigen Stand des Verfahrens hat der Rat lediglich den Haushaltsvorentwurf für die EU-15 und nicht den für die zehn neuen Mitgliedstaaten geändert. Der Rat hat in erster Lesung einen Haushaltsentwurf für die EU-15 mit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 100 Mrd. Euro und Zahlungsermächtigungen in Höhe von 95 Mrd. Euro (d. h. 0,98 % des BIP der EU insgesamt) angenommen. Bei den Agrarmarktausgaben (und demnach nicht bei den Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums) wurde (gegenüber dem Haushaltsvorentwurf der Kommission) eine lineare Kürzung von 160 Mio. Euro vorgenommen. Auch die Mittel für strukturpolitische Maßnahmen wurden linear um 138 Mio. Euro verringert. Darüber hinaus wurden 22 Mio. Euro, die für das Abwracken von Fischereifahrzeugen veranschlagt waren, gestrichen (dies bedeutet eine Gesamtkürzung von 160 Mio. Euro bei den strukturpolitischen Maßnahmen unter Rubrik 2). In Rubrik 3 (interne Politikbereiche) wurden einige Haushaltslinien, denen keine Mehrjahresprogramme zugrunde liegen, gekürzt. Die Mittel für das ARGO-Programm (Kontrollen an den Außengrenzen) wurden um nahezu 15 Mio. Euro aufgestockt, um den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Thessaloniki Rechnung zu tragen. Die weiteren Aufstockungen betreffen das Programm „Prince“ (Rolle der EU in der Welt) und den Schutz der Wälder. Der Rat hat sich auf eine Kürzung der Zahlungsermächtigungen für die außenpolitischen Maßnahmen um 27,9 Mio. Euro verständigt, ohne hierbei allerdings die Beträge für die Balkanstaaten anzutasten. Der Rat hat für die GASP einen Haushalt in Höhe von 52,6 Mio. Euro festgestellt. Bezüglich der Verwaltungsausgaben hat der Rat eine globale Kürzung um knapp 58 Mio. Euro vorgenommen und schließlich wurden in Rubrik 6 (Heranführungshilfe) die Zahlungsermächtigungen um 100 Mio. Euro gesenkt.